

August 2020

## Vorläufige Ergebnisse der Online-Umfrage

# Wie Brüssel die Zukunft Europas nach Corona sieht

Am 1. Juli dieses Jahres übernahm Deutschland die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union zu einem Zeitpunkt, an dem die Zukunft der EU von einer europäischen Reaktion auf die Corona-Krise abhängt. Was sind die wesentlichen Anliegen und Erwartungen der Brüsseler Community an die deutsche Ratspräsidentschaft angesichts der aktuellen Situation und im Hinblick auf die längerfristige Zukunft der EU?

Das Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), das European Policy Center (EPC) und ifok führten eine Online-Umfrage durch, in der diese Fragestellung vor dem gegenwärtigen Hintergrund beleuchtet wird. 224 Personen aus 29 Ländern haben an der Umfrage teilgenommen, wobei deutsche Vertreter mit 33 Prozent überwogen. Der Pool der Befragten umfasst zahlreiche Mitglieder der europäischen Institutionen (30%) und Thinktanks (21%), Wirtschaftsvertreter (38%) sowie eine kleinere Gruppe aus Diplomaten, NRO, Journalisten und Wissenschaftlern. Die Mehrheit (68%) der Befragten erklärte, im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit ein beträchtliches Maß an Verantwortung zu übernehmen.

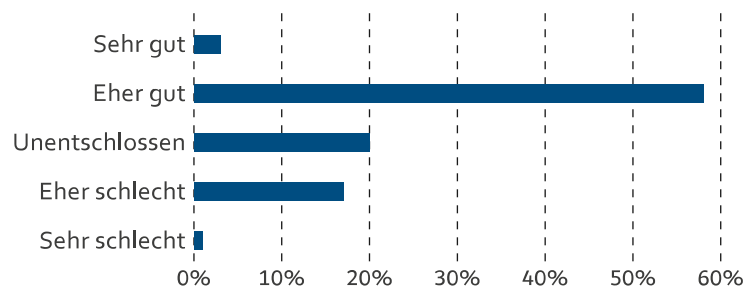
Die Fragen orientieren sich an drei Themenschwerpunkten: (1) die Folgen der COVID-19-Krise für die EU; (2) die Erwartungen der Brüsseler Community an den deutschen Ratsvorsitz; sowie (3) ihre Erwartungen und Auffassungen in Bezug auf Struktur und Inhalt der Konferenz zur Zukunft Europas (CoFoE) – neben der Zukunft Europas im Allgemeinen. Die erhobenen Ergebnisse vermitteln ein aussagekräftiges Bild der einschlägigen Auffassungen Brüsseler Stakeholder.

In diesem Vorbericht werden zunächst vier wesentliche Schlussfolgerungen der Umfrage dargelegt, während Ende September eine detaillierte Auswertung der Ergebnisse veröffentlicht wird.

## 1. Trotz einiger Startschwierigkeiten sind die Brüsseler Stakeholder mit der Bewältigung der Corona-Krise auf EU-Ebene insgesamt zufrieden

Beinahe 60 Prozent der Befragten sind mit der Art und Weise zufrieden („sehr gut/eher gut“), wie die EU mit der Corona-Pandemie umgegangen ist. Auf negative Antworten („eher schlecht/sehr schlecht“) entfiel nur ein Anteil von 17 Prozent. Ihre Einschätzung begründen die Befragten überwiegend mit der Tatsache, dass es der EU – trotz einer schlecht koordinierten und länderspezifischen Reaktion zu Beginn der Krise – im Laufe der Zeit gelang, das gemeinsame Handeln substantziell zu verbessern.

Abb. 1: Wie bewerten Sie den gegenwärtigen Umgang mit der Corona-Pandemie auf europäischer Ebene?

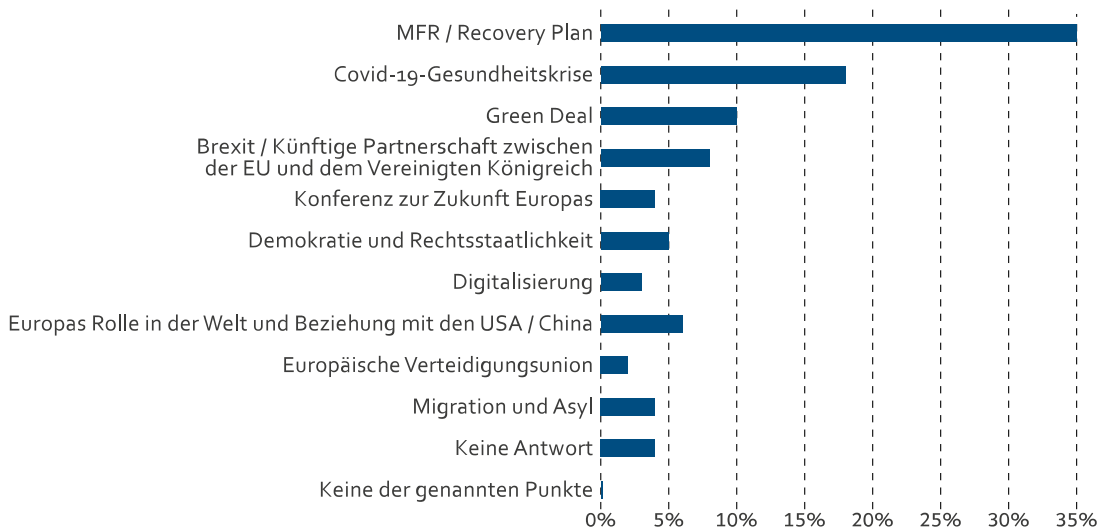


## 2. Trotz dringender kurzfristiger Herausforderungen sind die Brüsseler Stakeholder der Auffassung, dass der Green Deal ganz oben auf der Agenda der deutschen Ratspräsidentschaft stehen sollte.

Der Green Deal wird von den Befragten wiederholt als strategische Notwendigkeit für den deutschen Ratsvorsitz bezeichnet. Jenseits einer akuten Krisensituation würde dieses Ergebnis angesichts der hohen Priorität des Green Deals und des digitalen Europas für die Agenda der Kommission keine Überraschung darstellen. Die Pandemie scheint jedoch die Dringlichkeit der Bewältigung der COVID-19-Gesundheitskrise sowie die Einigung auf den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)/Recovery Plan für die Ratspräsidentschaft erhöht zu haben.

Dies spiegelt sich in der Umfrage wider, in welcher diese beiden Punkte als die drängendsten Fragestellungen angesehen werden. Gleichwohl folgt auf diese wichtigsten Fragen für die deutsche Ratspräsidentschaft der Green Deal immer noch prioritär auf Platz 3.

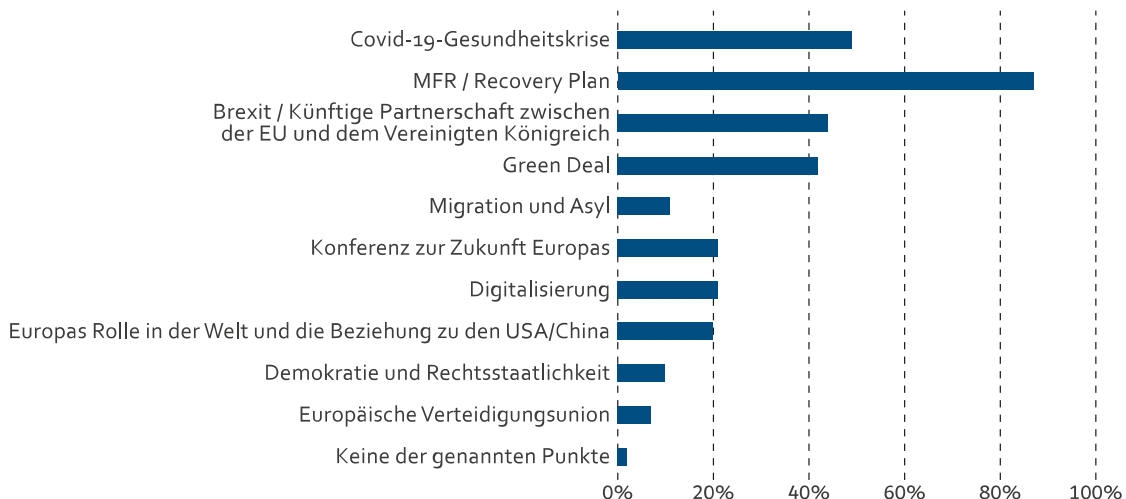
Abb. 2: Welche sind Ihres Erachtens nach die drei dringlichsten Anliegen, mit denen sich die deutsche Ratspräsidentschaft befassen sollte? (gewichtete und aggregierte Ergebnisse)



In ähnlicher Weise erhält der Green Deal auch mit Blick auf die Frage, bei welchen Themen die deutsche Präsidentschaft erhebliche Fortschritte erzielen sollte, ein hohes Gewicht (40%, vierter Platz). Größte Erfolgchancen sehen die Befragten angesichts der Prioritäten der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates für eine besseren Zusammenarbeit und Koordinierung der EU als Reaktion auf die Corona-Krise, der Verabschiedung des MFR und des Recovery Plans. Zugleich kommt in der Umfrage ebenfalls die Erwartung Brüsseler Stakeholder zum Ausdruck, dass Berlin den Green Deal nicht aus den Augen verliert, unabhängig von anderen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Pandemie.

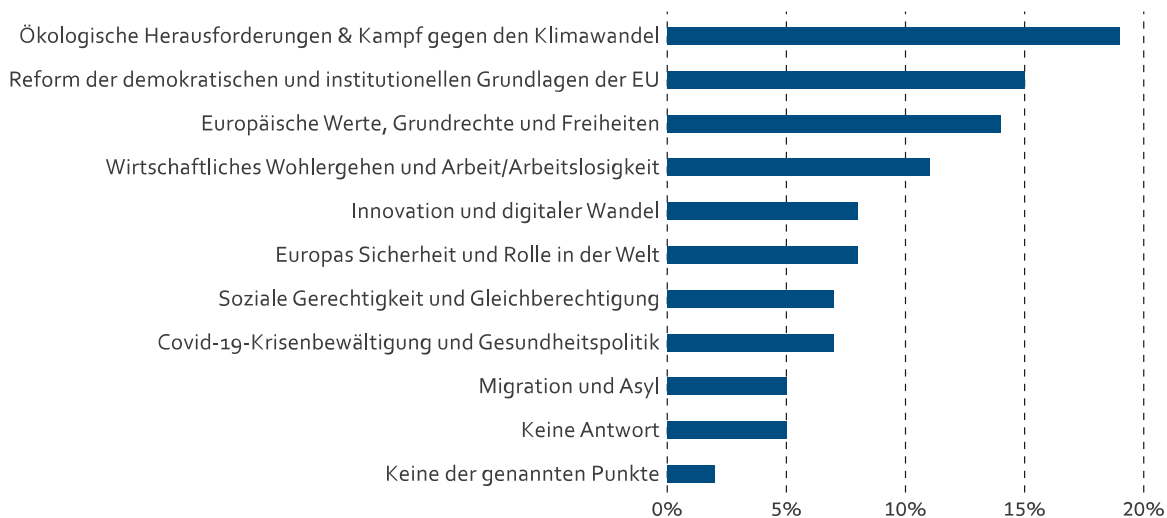
Wenngleich auch die Digitalisierung zu den wichtigsten strategischen Prioritäten der Kommission gehört, betrachten die Befragten die Digitalisierung weder als dringliches Anliegen noch als Erfolgsfaktor für den deutschen Ratsvorsitz.

Abb. 3: Welche der folgenden Sachverhalte wird die deutsche Ratspräsidentschaft Ihres Erachtens entscheidend voranbringen?



Auch mit Blick auf das Programm der „Konferenz zur Zukunft Europas“ wird die Digitalisierung durch den Green Deal auf der Liste vorrangiger Prioritäten weit nach hinten verbannt. Ökologische Herausforderungen werden von den Befragten als Toppriorität der Konferenz eingestuft – noch vor der institutionellen Reform und den Werten und Grundrechten oder krisenbezogenen und wirtschaftlichen Fragen.

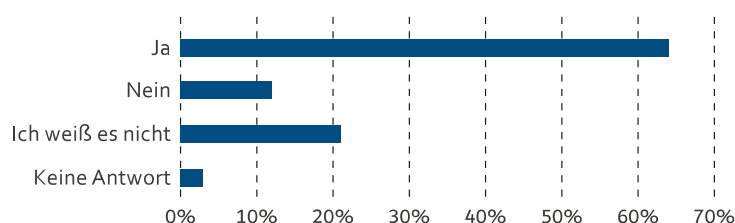
Abb. 4: Welche Themen sollten Ihres Erachtens auf der CoFoE behandelt werden? (aggregierte Ergebnisse)



### 3. Die Brüsseler Stakeholder verbinden zwar hohe Erwartungen mit der Konferenz zur Zukunft Europas, sind aber skeptisch bezüglich der Ergebnisse

Die Befragten zeichnen ein ambivalentes Bild mit Blick auf die „Konferenz zur Zukunft Europas“. Einerseits spricht sich ein hoher Prozentsatz (63 %) der Befragten dafür aus, der Konferenz die Möglichkeit einzuräumen, die EU-Verträge – wenn erforderlich – zu ändern. Andererseits herrscht Skepsis, ob sich im Rahmen der Konferenz substantielle Ergebnisse verwirklichen lassen. Nur 22 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass das Ergebnis der CoFoE die Zukunft Europas prägen wird. Beachtliche 42 Prozent sind unentschlossen, während ein Drittel (34%) sogar der Auffassung ist, dass die Konferenz wahrscheinlich nicht zu konkreten Ergebnissen führen wird.

Abb. 5: Sind Sie der Meinung, dass die CoFoE die Möglichkeit erhalten sollte, Änderungen der aktuellen EU-Verträge herbeizuführen?

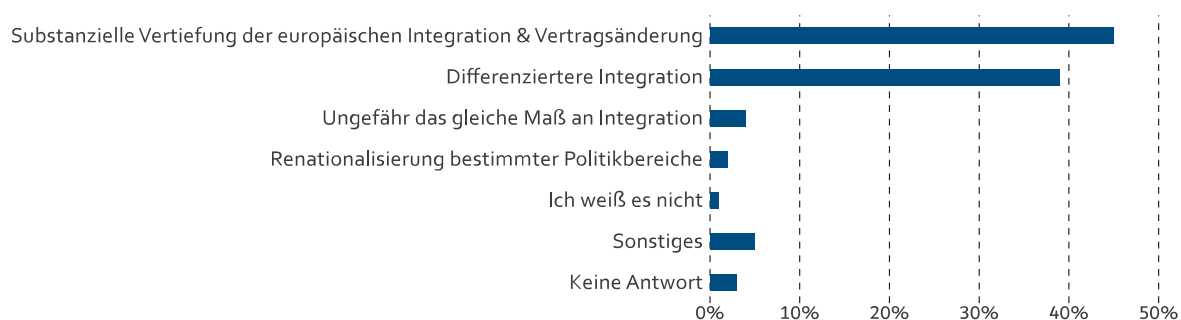


Trotz der weit verbreiteten Skepsis, dass die CoFoE zu konkreten politischen und/oder institutionellen Reformen führen kann, sehen die Befragten den Wert in anderen Aspekten der Initiative. Auf die Frage nach dem bestmöglichen Ergebnis der Konferenz heben die Antworten das Potenzial der CoFoE hervor, die Solidarität zwischen den europäischen Nationen zu stärken und das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für die EU zu festigen.

#### 4. Eine tiefere europäische Integration wird für notwendig erachtet, wenngleich zahlreiche Brüsseler Stakeholder unsicher sind, wie weit diese tatsächlich gehen kann

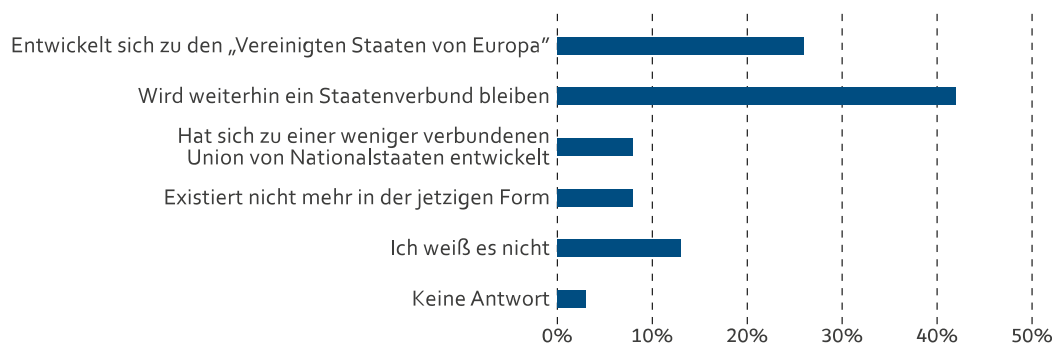
Mit Blick auf die Zukunft der Union wird eine vertiefte europäische Integration von den Befragten als wünschenswert erachtet. Angesichts der zukünftigen Entwicklung der EU spricht sich eine große Mehrheit der Befragten für eine Vertiefung oder Ausdifferenzierung der EU aus. Gleichwohl unterscheiden sich die Antworten der Befragten, wie weitreichend der europäische Integrationsprozess gehen wird.

Abb. 6: Wie sollte sich die europäische Integration in den nächsten Jahren Ihres Erachtens entwickeln



Auf die Frage, wie Europa 2050 aussehen wird, erwarten 42 Prozent der Befragten, dass die EU weiterhin ein Staatenverbund bleiben wird, während nur 26 Prozent glauben, dass sich die Union zu den vollintegrierten "Vereinigten Staaten von Europa" entwickeln wird. Zusammengefasst haben 16 Prozent eine recht pessimistische Sicht auf Europas Zukunft: fast zu gleichen Teilen zwischen denjenigen aufgeteilt, die eine weniger verbundene Union von Nationalstaaten oder das Ende der EU in ihrer jetzigen Form erwarten.

Abb. 7: „Im Jahr 2050 wird Europa...?“



## Fazit

Zusammenfassend deuten die positiven Wahrnehmungen der Befragten des EU-Krisenmanagements zur Bewältigung der Corona-Pandemie und ihre Offenheit gegenüber einer stärker integrierten Europäischen Union darauf hin, dass die Brüsseler Community den europäischen Integrationsprozess weiterhin wertschätzt.

Die Union in eine "grünere" und umweltfreundlichere Zukunft zu führen, genießt hohe Priorität trotz der Erfordernisse des kurzfristigen Krisenmanagements in Coronazeiten. Dennoch bleibt die Skepsis, wie weit der europäische Integrationsprozess in Wirklichkeit gehen kann, und ob die „Konferenz zur Zukunft“ Europas tatsächlich den Weg zu einer tiefer integrierten Union weist.

## Kontakt

Johannes Greubel  
European Policy Centre  
j.greubel@epc.eu  
+32 2 714 21 62

Ludger Bruckwilder  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
ludger.bruckwilder@kas.de  
+32 2 66931 56